

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche
Ordnung und Bevölkerungsschutz
am Dienstag, den 13.01.2026, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:10 Uhr**

			Seite
	<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Einführung und Vereidigung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern	242/2025	4
2.	Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung	243/2025	5
3.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner		6
4.	Jahresbericht der Ausländerbehörde	244/2025	7 – 8
5.	Aktuelles zur Geflügelpest	245/2025	9
6.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Budget der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, des Amtes für Bevölkerungsschutz und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2026	246/2025	10 – 11

Anwesend:

Ausschussmitglieder
Altewische, Ulrich
Anlauf, Andreas
Asselmann, Felix
Blömker, Franz-Ludwig
Claßen, Anne
Dinter, Dennis
Duhme, Elke
Goß, Stephan
Grap, Valeska
Grunewald-Poch, Kirsten Ursula
Kaup, Winfried
Dr. Keitlinghaus, Ulrike
Kühnel, Andreas
Lehmann, Peter
Maschelski-Werning, Sophia
Mindermann, Ursula
Rosenbaum, Ulf
Vöcking, Knud
von der Verwaltung
Altenseuer, Udo
Dirks, Bettina
Frerich, Michael
Glinka, Nicole
Dr. Hemmis, Hubert
Hillebrand, Patrik
Schmedt, Carsten
Schreier, Petra

Es fehlte entschuldigt:

Ausschussmitglieder
Werner, Olaf Martin

Herr Blömker eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie den Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass der Ausschuss form- und fristgerecht einberufen worden ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1.	Einführung und Vereidigung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern	242/2025
-----------	--	-----------------

Der Ausschussvorsitzende Herr Blömker verpflichtet den anwesenden sachkundigen Bürger Stephan Goß durch Vorsprechen und Nachsprechen der Verpflichtungsformel.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz nimmt die Verpflichtung zur Kenntnis.

2.	Bestellung einer Schriftführerin und ihrer Stellvertretung	243/2025
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Frau Ltd. KRDin Schreier wird als Schriftführerin für den Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz bestellt.

Sie wird vertreten durch die übrigen Dezernenten der Kreisverwaltung Warendorf.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Ja	18
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

3. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	
--	--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

4. Jahresbericht der Ausländerbehörde
--

244/2025

Herr Schmedt stellt die aktuellen Entwicklungen der Ausländerbehörde anhand einer Präsentation (Anlage 1) vor.

Frau Mindermann dankt für den Bericht und fragt nach der Anzahl der minderjährigen zurückgeführten Personen sowie nach dem Umgang mit syrischen ausreisepflichtigen Personen. Herr Schmedt erklärt hierzu, dass die Anzahl der zurückgeführten Minderjährigen ermittelt und über das Protokoll mitgeteilt wird. Zu den Syrern erklärt Herr Schmedt, dass aktuell lediglich freiwillige Ausreisen unterstützt werden. Abgeschoben werden derzeit nur schwerste Straftäter.

Hinweis:

Bei den freiwilligen Ausreisen sind 21 Minderjährige (bis 17 Jahre) und bei den Abschiebungen 12 Minderjährige (bis 17 Jahre) inbegriffen.

Frau Maschelski-Werning dankt ebenfalls für den Bericht und hebt die erfreulich kurzen Bearbeitungszeiten von drei bis vier Monaten hervor. Sie fragt nach der in der Präsentation erwähnten personellen Fluktuation und bringt ihre Hoffnung zum Ausdruck, dass die eingesparte Stelle keine negativen Auswirkungen auf die Bearbeitungszeiten und die Belastung des bestehenden Personals hat. Herr Schmedt führt hierzu aus, dass die nicht nachzubesetzende Stelle keine Auswirkungen auf die Bearbeitungszeiten hat. Er schätzt die Entwicklungen daher aktuell nicht als bedenklich ein.

Frau Grap fragt nach der Anzahl der in letzter Zeit abgeschobenen iranischen Flüchtlinge. Herr Schmedt sagt eine Ermittlung der Zahl und eine Mitteilung über das Protokoll zu.

Hinweis:

Eine Person ist freiwillig ausgereist, Abschiebungen sind nicht erfolgt.

Herr Vöcking dankt ebenfalls für die Ausführungen und fragt nach dem aktiven Angebot der doppelten Staatsangehörigkeit für EU-Bürger, um den Verwaltungsaufwand für die Bearbeitung der Freizügigkeitsangelegenheiten der vielen EU-Bürger im Kreisgebiet zu verringern. Herr Schmedt erläutert hierzu die rechtliche Situation im Hinblick auf die Freizügigkeit und im Besonderen darauf, dass eine Überprüfung des Status eines Freizügigkeitsberechtigten nur aufgrund besonderer Anhaltspunkte möglich ist. Insofern gestaltet sich die „aufsuchende Beratung zur Einbürgerung“ schwierig. Zudem merkt Herr Schmedt an, dass im Bereich der Einbürgerungen derzeit ohnehin lange Bearbeitungszeiten bestehen und dieser Zustand nur verschärft werden würde.

Frau Dr. Keitlinghaus fragt nach Problemen bei der Identitätsfeststellung, den möglichen Tools hierzu sowie dem System der Fingerabdrücke. Herr Schmedt erklärt, dass es in den Jahren 2015 bis 2017 häufig Mehrfachanmeldungen gab. Ab diesem Zeitpunkt werden die Fingerabdrücke zu Vermeidung von Doppelanmeldungen er-

fasst und zentral gespeichert. Die Daten stehen bundesweit zur Verfügung. Gegebenenfalls wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beteiligt.

Herr Altewische fragt, wie lange die Übererfüllung der Aufnahmequote andauern wird oder ob diese inzwischen wieder egalisiert ist und neue Zuweisungen zu erwarten sind. Zudem fragt er, ob Erkenntnisse über die Dunkelziffer der aus der Ukraine geflüchteten Personen bestehen, die ohne Abmeldung wieder in Ihr Heimatland gehen/gegangen sind. Herr Schmedt führt hierzu aus, dass die Überquote nach dem Königsteiner Schlüssel seit Ende des vergangenen Jahres aufgezehrt ist. Der Zustrom neuer Geflüchteter ist aktuell allerdings geringer als noch 2024. Zu einer „Dunkelziffer“ liegen der Ausländerbehörde keine Informationen vor.

Frau Grap geht auf die Berichterstattung in der örtlichen Presse zu einer Abschiebung ein. Die Rückfragen zu den Hintergründen haben dazu geführt, dass seitens der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen eine Anfrage (Anlage 2) gestellt wurde, die den Ausschussmitgliedern im Vorfeld der Sitzung übersandt wurde.

Herr Schmedt erläutert die allgemeinen rechtlichen Maßstäbe und Verfahrensabläufe, die bei aufenthaltsbeendenden Maßnahmen Berücksichtigung finden, da eine Beantwortung der konkret auf den Einzelfall bezogenen Fragen rechtlich nicht zulässig ist. Die Ausführungen werden dem Protokoll als Anlage beigefügt (Anlage 3).

Herr Blömker dankt für den Bericht und die gute Arbeit der Ausländerbehörde.

5. Aktuelles zur Geflügelpest	245/2025
--------------------------------------	-----------------

Herr Dr. Hemmis berichtet über die aktuelle Lage zur Geflügelpest anhand einer Präsentation (Anlage 4). Derzeit schätzt er die Lage als allgemein entspannt ein.

Herr Blömker dankt für den Vortrag.

Frau Maschelski-Werning fragt nach den Auswirkungen der Schutzzone durch den zum Jahreswechsel bestätigten Fall in Hamm. Herr Dr. Hemmis führt hierzu aus, dass der Kreis Warendorf von der Schutzzone nicht betroffen ist.

Frau Duhme dankt ebenfalls für den Vortrag und fragt nach den Möglichkeiten einer Impfung. Herr Dr. Hemmis erklärt, dass die Europäische Union eine Nicht-Impf-Politik verfolgt. Zudem ist die Entwicklung eines wirksamen Impfstoffes schwierig.

6.	Vorbereitung von Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen, hier: Budget der Kreispolizeibehörde, des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr, des Amtes für Bevölkerungsschutz und des Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes für 2026	246/2025
-----------	--	-----------------

Herr Blömker verweist eingangs der Beratungen auf die im Vorfeld eingegangenen Anträge.

Frau Schreier führt hierzu aus, dass der Antrag der fwg-Kreistagsfraktion unter anderem zu den Kassenautomaten in der am Freitag folgenden Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung behandelt werden soll.

Frau Schreier erläutert den Entwurf des Haushaltsplans für das Jahr 2026.

Frau Maschelski-Werning fragt nach den aktuellen Bearbeitungszeiten im Produkt 020240. Frau Schreier erklärt hierzu, dass weiterhin sehr viele Anträge vorliegen, über die noch nicht entschieden wurde. Die Bearbeitungszeit liegt derzeit bei 18 bis 24 Monaten. Allerdings habe hier die Gründlichkeit Vorrang vor der Schnelligkeit. Frau Maschelski-Werning erklärt, dass die Gründlichkeit bereits im Vorfeld durch den Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz gebilligt wurde, aber dennoch kürzere Bearbeitungszeiten wünschenswert seien. Frau Schreier verweist hier auf die aktuell in der Prüfung befindliche Umstrukturierung, die zu kürzen Bearbeitungszeiten führen soll. Herr Blömker fragt nach der zusätzlichen Vollzeit verrechneten Stelle im gehobenen Dienst, die aus der Produktbeschreibung ersichtlich ist. Frau Schreier erklärt hierzu, dass es sich um keine Mehrung im Sinne des Stellenplans handelt, sondern dass hier z.B. auch Stundenaufstockungen bei Teilzeit im Rahmen der vorhandenen Planstellen erfasst seien, um langfristige Krankheitsausfälle zu kompensieren.

Frau Schreier weist darauf hin, dass es zu Lieferverzögerungen für das neue Wechselladerfahrzeug für den Katastrophenschutz gekommen ist, die zu einer erforderlichen Neuveranschlagung der Mittel im Haushaltsjahr 2026 geführt haben. Erfreulicherweise konnten die Kosten geringfügig gesenkt werden. Der Betrag ist in der Änderungsliste enthalten.

Weiterhin verweist Frau Schreier auf die Verabschiedung der neuen Gebührensatzung für den Rettungsdienst für das Jahr 2026 in der Kreistagssitzung am 5. Dezember 2025, die zu einer Neukalkulation geführt hat. Der Betrag ist ebenfalls in der Änderungsliste enthalten.

Frau Maschelski-Werning fragt nach neuen Erkenntnissen zum Übungsgelände für die Feuerwehr-Ausbildung. Frau Schreier verweist auf die aktuell laufenden Planungen und sagt eine Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen zu.

Herr Hillebrand erläutert den aktuellen Sachstand zur Prüfung der Notstromversorgung für die Sendemasten von Radio WAF. Für die Ertüchtigung der beiden noch nicht notstromversorgten Standorte sind finanzielle Mittel in Höhe von 150.000 € er-

forderlich. Herr Kühnel geht auf den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion (Anlage 5) und die bereits im Jahr 2024 erkannte Problematik ein. Er hebt hervor, dass bereits konstruktiv an einer Lösung gearbeitet wurde und bittet auch weiterhin um gemeinsame Anstrengungen zur Problembeseitigung. Herr Vöcking unterstreicht die Bedeutung des Antrags und weist auf die erforderlichen Sicherungsmaßnahmen hin. Frau Grap stimmt der Sache ebenfalls inhaltlich zu. Frau Maschelski-Werning erklärt, dass die Notstromversorgung unstreitig zu unterstützen ist. Frau Schreier weist auf Nachfrage darauf hin, dass die regulären Betriebskosten Angelegenheit des Betreibers sind. Eine Zuständigkeit des Kreises Warendorf sieht sie hier nicht gegeben.

Nach Beratung stimmt der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz dem Antrag einstimmig zu.

Frau Schreier erläutert die geplanten Beschaffungen im Bereich der Messtechnik für die Geschwindigkeitsüberwachung, die in der Änderungsliste enthalten sind.

Frau Schreier regt an, die Kennzahl zum Fahrzeug-Gesamtbestand zu streichen. Seitens der Ausschussmitglieder bestehen keine Bedenken.

Herr Goß geht auf den Antrag der fwg-Kreistagsfraktion (Anlage 6) ein. Die Einsparmöglichkeiten beziehen sich nicht auf Maßnahmen im Bevölkerungsschutz. Die fwg zeigt sich dankbar für das funktionierende System des Rettungsdienstes und der Gefahrenabwehr.

Beschlussvorschlag:

Dem Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2026 und dem Investitionsprogramm für die Jahre 2026 bis 2029 wird, soweit eine Zuständigkeit des Ausschusses für öffentliche Ordnung Bevölkerungsschutz gegeben ist, zugestimmt.

Darüber hinaus wird den beiden Änderungslisten zugestimmt.

Ferner stimmt der Ausschuss für öffentliche Ordnung und Bevölkerungsschutz dem Antrag der CDU-Kreistagsfraktion zu, dass die Notstromversorgung für die Sendemasten von Radio WAF weiterverfolgt wird und 150.000 € in die Finanzplanung 2027 aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

Ja	18
Nein	0
Enthaltung	0
Befangen	0

Herr Blömker schließt mit einem Dank für die konstruktive Mitarbeit die Sitzung um
11.10 Uhr.



Franz-Ludwig Blömker
Vorsitzender



Ltd. KRD Petra Schreier
Schriftführerin